

# Landkreis Ravensburg

den 08. Okt. 2015

## Niederschrift

über die Sitzung des Kreistages  
am 21.07.2015 im Zehntscheuer Gessenried, Bauernhaus-Museum Wolfegg,  
Vogter Str. 4, 88364 Wolfegg

Dauer 14:00 Uhr bis 18:35 Uhr

Normalzahl: Der Vorsitzende und 72 Mitglieder

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Landrat Harald Sievers,

Erste Landesbeamtin

Frau Eva-Maria Meschenmoser,

CDU

Herr Elmar Buemann,

Herr Roland Bürkle,

Herr Rolf Engler,

Herr Josef Förderer,

Frau Josefine Haberkorn,

Herr Rudolf Hämmerle,

Herr Wilhelm Heine,

Herr Hans-Jörg Henle,

Herr Wolfgang Kleiner,

Herr Josef Köberle,

«sitext» vom «sidat»

Herr Dieter Krattenmacher,  
Herr Hans-Jörg Leonhardt,  
Herr Clemens Moll,  
Herr Axel Müller,  
Herr Peter Müller,  
Herr Christian Natterer,  
Herr Alois Peter,  
Herr Dr. Daniel Rapp,  
Herr Volker Restle,  
Frau Dr. Silke Rieser,  
Herr Robert Schweizer,  
Herr Daniel Steiner,  
Herr Roland Weinschenk,  
Herr Waldemar Westermayer, MdB,  
Herr Josef Wurm,

FWV

Herr Karl-Heinz Buschle,  
Herr Markus Ewald,  
Herr Jochen Fischinger,  
Herr Matthias Grad,  
Herr Roland Haug,  
Herr Michael Lang,  
Herr Holger Lehr,  
Herr Rainer Magenreuter,  
Herr Dr. Hermann Schad,  
Herr Roland Schmidinger,  
Herr Bernhard Schultes,  
Herr Peter Smigoc,  
Herr Oliver Spieß,  
Frau Christa Stierle,

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Hildegard Fiegel-Hertrampf,  
Frau Judith Gebhardt,  
Herr Gereon Güldenbergl,  
Herr Manfred Lucha, MdL,  
Frau Liv Pfluger,  
Herr Bruno Sing,

Herr Siegfried Spangenberg,  
Herr Heinz Strubel,  
Herr Dr. Ulrich Walz,  
Herr Oberstudienrat Roland Zintl,

SPD

Herr Rudolf Bindig,  
Herr Peter Clément,  
Herr Gerhard Lang,  
Herr Rainer Marquart,  
Frau Gisela Müller,  
Herr Jürgen Rölli,

ÖDP

Herr Julian Aicher,  
Herr Prof. Dr. Wolfgang Dieing,  
Herr Max Scharpf,  
Herr Siegfried Scharpf,  
Herr Dr. Wolfgang Schmidt,

FDP

Herr M. A. Daniel Gallasch,  
Herr Prof. Dr. Bernd Steidle,

Die Linke

Herr Dr. Till Bastian,  
Herr Wolfgang Nippe,

Protokollführer

Frau Eva Weeber,

von der Verwaltung

Herr Franz Baur,  
Herr Christoph Dreher,  
Herr Gerd Hägele,  
Herr Franz Hirth,  
Frau Diana E. Raedler,  
Herr Georg Rupp,  
Herr Walter Sieger,

Leiter Kreiskämmerei  
Amtsleiter Personalservice  
Dezernent Recht, Ordnung und Verkehr  
Amtsleiter Stabsstelle Landrat  
Dezernentin Arbeit und Soziales  
Dezernent Haupt- und Schulverwaltung  
Dezernent Bauen, Wald und Umwelt

Gäste

Herr Heinz Pumpmeier,

Kreissparkasse Ravensburg, zu TOP 2

Frau Lucille Simak,  
Herr Dr. Sebastian Wolf,

Kompetenzzentrum Beruf&Familie, zu TOP 3  
Oberschwabenklinik GmbH, zu TOP 16

Abwesend:

CDU

Herr Eugen Abler,  
Herr Dr. Ulrich Höflacher,  
Herr Thomas Kellenberger,  
Herr August Schuler,  
Herr Robert Stütze,

FWV

Herr Hans Peter Künst,

SPD

Herr Anton Frei,

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Dr. Margret Brehm,

## Tagesordnung

### Öffentliche Sitzung

1. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung
2. ST/057/2015  
Geschäftsbericht der Kreissparkasse Ravensburg Gast: Herr Vorstandsvorsitzender Heinz Pumpmeier
3. PS/011/2015  
Programm "familienbewusst und demografieorientiert" - Abschlussbericht Gast: Frau Lucill Simak, Kompetenzzentrum Beruf & Familie
4. D2/024/2015  
Bauliche Neustrukturierung Krankenhaus St. Elisabeth, Kostenbericht 2. Bauabschnitt
5. D4/008/2015  
Entpflichtung des Naturschutzbeauftragten Herrn Markus Weisshaupt
6. D2/029/2015/1  
Oberschwabenklinik - Ziele des Gesellschafters Landkreis Ravensburg für den Zeitraum 2015 - 2020
7. D2/023/2015  
Bauliche Neustrukturierung Krankenhaus St. Elisabeth, Kostenfeststellung 1. Bauabschnitt
8. IKP/052/2015  
Krankenhaus Wangen; Modernisierung und Ausbau 4. OG
9. AW/030/2015/1  
Fortschreibung Abfallwirtschaftskonzept; Aufwandsentschädigung 2015 an die Rückdelegationsstädte/-gemeinden

10. SO/021/2015  
Notunterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern ab August 2015
11. SP/006/2015/1  
Modellprojekt Inklusionskonferenz
12. JU/045/2015  
Wahl von Frau Magdalena Eder-Quintana, Jugendreferentin Katholisches Jugendreferat, als beratendes Mitglied des Jugendhilfeausschusses
13. VE/004/2015  
Entsendung von Herrn Landrat Harald Sievers in den Beirat der Bodensee-Oberschwaben-Bahn VerwaltungsGmbH
14. Mitteilungen und Anfragen

### **Nichtöffentliche Sitzung**

15. D2/038/2015  
Grundstücksangelegenheiten
16. Mitteilungen und Anfragen

Die Mitglieder des Kreistags wurden am 14.07.2015 zu dieser Sitzung eingeladen.

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und dass das Gremium beschlussfähig ist.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass TOP 6 in Folge der Beratung des Betriebsausschusses Eigenbetrieb IKP am 14.07.2015 abgesetzt wird.

Neue Zeitschiene:

- IKP 19.11.2015
- KT 17.12.2015

Dagegen werden keine Einwendungen vorgebracht.

## **Öffentliche Sitzung**

### 1. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Zum Protokollentwurf der Sitzung am 06.05.2015 gibt es keine Änderungswünsche.

**Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen**

### 2. Geschäftsbericht der Kreissparkasse Ravensburg Gast: Herr Vorstandsvorsitzender Heinz Pumpmeier (ST/057/2015)

Herr Pumpmeier stellt den Geschäftsbericht der Kreissparkasse Ravensburg vor.

KR Restle und KR Lucha sprechen Herrn Pumpmeier ihren Dank aus.

Herr Pumpmeier beantwortet die Nachfrage von KR Clement zu möglichen strukturellen Veränderungen bzw. drohenden Filialschließungen als Folge des zunehmenden Online-Bankings.

**Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen**

3. Programm "familienbewusst und demografieorientiert" - Abschlussbericht

Gast: Frau Lucill Simak, Kompetenzzentrum Beruf & Familie (PS/011/2015)

Frau Simak stellt den Abschlussbericht des Programms vor und überreicht Herrn Sievers die Urkunde eines familienbewussten und demografieorientierten Arbeitgebers.

KR Engler und KRin Fiegel-Hertrampf bestärken die Verwaltung, den eingeschlagenen Weg weiter zu gehen und geben verschiedene Anregungen.

**Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen**

4. Bauliche Neustrukturierung Krankenhaus St. Elisabeth, Kostenbericht 2. Bauabschnitt (D2/024/2015)

**Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen**

5. Entpflichtung des Naturschutzbeauftragten Herrn Markus Weisshaupt (D4/008/2015)

**Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen**

6. Oberschwabenklinik - Ziele des Gesellschafters Landkreis Ravensburg für den Zeitraum 2015 - 2020 (D2/029/2015/1)

**Beratungsergebnis: zurückgestellt**

7. Bauliche Neustrukturierung Krankenhaus St. Elisabeth, Kostenfeststellung 1. Bauabschnitt (D2/023/2015)



## **Beschlussentwurf:**

Der Kreistag stellt die Gesamtkosten des 1. Bauabschnitts in Höhe von 116.304.856 € fest.

Die Verwaltung wird ermächtigt, in eigener Zuständigkeit die Restleistungen des 1. BA der Baumaßnahme im Rahmen des Gesamtprojektbudgets in Höhe von 116.304.856 Mio. € zum Abschluss zu bringen. Für die Risiken aus Einsprüchen zu Schlussrechnungen wird daraus ein Betrag bis 700.000 € bereitgestellt. Diese Finanzierungsmittel stehen zweckgebunden ausschließlich für diese Verwendung zur Verfügung. Erübrigte Mittel werden als Finanzierungsmittel auf den 2. Bauabschnitt übertragen.

Die Rechtsstreitigkeiten mit den für die Leistungen „Trockenbauarbeiten“ und „Bodenbelagsarbeiten“ gekündigten Firmen werden von der Verwaltung weiter vorangetrieben und entsprechend den Regelungen der Betriebssatzung des Eigenbetriebs IKP den Gremien zur Beratung und Entscheidung vorgelegt.

## **Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen**

### 8. Krankenhaus Wangen; Modernisierung und Ausbau 4. OG (IKP/052/2015)

Der Vorsitzende verweist auf die ausgelegte Ergänzung der Sitzungsvorlage sowie den neu formulierten Beschlussentwurf in Folge der Beratung des Betriebsausschusses IKP am 14.07.2015.

KR Bürkle und KR Spieß möchten deutlich herausgestellt wissen, dass sich der Beschlussentwurf lediglich auf Planungsleistungen bezieht und noch keine endgültige Entscheidung über die Baumaßnahmen darstellt.

KR Sing dankt für die Aufnahme seines Prüfantrags bezüglich des Einbaus von zwei barrierefreien Nasszellen in den Beschlussvorschlag.

Auf Nachfrage von KR Aicher schildert Herr Wolf seine Perspektive auf die weitere Entwicklung des Krankenhauses.

### **Modifizierter Beschlussentwurf:**

- a) Die Verwaltung wird beauftragt, zur abschließenden Entscheidung über den Umbau des 4. OG die Entwurfsplanungen und die Kostenermittlungen als Regelleistungsstation auszuarbeiten und nach der Sommerpause zusammen mit dem Einbau eines Notsectio-Eingriffsraum, der Modernisierung der Entbindung sowie der Maßnahmen zur Verbesserung des vorbeugenden baulichen Brandschutzes den zuständigen Gremien zur abschließenden Beratung vorzulegen. Dabei ist der Einbau von zwei barrierefreien Nasszellen vorzusehen.

Im Rahmen der Erstellung der Entwurfsplanung sind folgende Prüfaufträge zu erledigen:

- Wirtschaftlichkeitsvergleich von Wahlleistungsstation und Regelleistungsstation
  - Wirtschaftlichkeitsnachweis der Notwendigkeit des Notsectio-OP bzw. Verfügbarkeit des 4. Operationssaals für die Chirurgie am Krankenhaus Wangen
- b) Die Verwaltung wird beauftragt, für den Umbau des 4. OG, der Verbesserung des vorbeugenden baulichen Brandschutzes sowie dem Einbau eines Notsectio-Eingriffsraums mit Modernisierung der Entbindung einen Förderantrag auf Investitionskostenzuschuss nach dem Landeskrankenhausgesetz auszuarbeiten.

### **Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen**

9. Fortschreibung Abfallwirtschaftskonzept; Aufwandsentschädigung 2015 an die Rückdelegationsstädte/-gemeinden (AW/030/2015/1)

KR Magenreuter schlägt vor, dass auch Isny und Wangen die Aufwandsentschädigung erhalten sollen, da alle Städte und Gemeinden einen Mehraufwand durch die Umstellung hätten. Außerdem sei die Abfallgebührenrücklage auch von allen Städten und Gemeinden finanziert worden.

Herr Baur und die KRe Krattenmacher, Spangenberg, Haberkorn und Clement diskutieren

die verschiedenen Aspekte dieses Vorschlags. Ein Änderungsantrag zum Beschlussvorschlag der Verwaltung wird jedoch nicht gestellt.

#### **Beschlussentwurf:**

1. Der Landkreis Ravensburg gewährt den Rückdelegationsstädten und -gemeinden für das Jahr 2015 eine einmalige Aufwandsentschädigung von 1,00 € pro Einwohner (Einwohnerstand zum 30.06.2014).
2. Die überplanmäßige Ausgabe wird über die Abfallgebührenrücklage finanziert.
3. Die Aufwandsentschädigungen gemäß Anlage werden den Städten und Gemeinden zum 01.09.2015 überwiesen.

#### **Beratungsergebnis: mehrheitlich beschlossen (9 Gegenstimmen, 3 Enthaltungen)**

#### 10. Notunterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern ab August 2015 (SO/021/2015)

Der Vorsitzende fasst das Beratungsergebnis des Verwaltungsausschusses am 16.07.2015 zusammen und gibt den dort gefassten Empfehlungsbeschluss bekannt. Anschließend verweist er auf die verteilten drei Änderungsanträge:

- der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- von KR Aicher
- der KRe Dr. Rapp und Ewald (Gemeinsamer Antrag).

KR Bindig möchte zwischen den Ziffern 3 und 4 des neuen Beschlusstextes folgende Formulierung einschieben:

*Da es einige Gemeinden gibt, welche noch deutliche Defizite zur Erfüllung der Unterbringungsquote haben, stehen diese zur Wahrung der kommunalen Solidarität im Landkreis in erster Linie in der Pflicht, zügig alternative Unterbringungsmöglichkeiten anzubieten.*

Die Antragsteller begründen ihre Standpunkte.

Es folgen Wortmeldungen der KRe Restle, Spieß, M. Lang, Lucha und Ewald zur Hallen- oder Zeltunterbringung, zu den Hausaufgaben von Bund und Land, zu den „weißen Fle-

cken“ auf der Landkreiskarte, zu möglichen Unterbringungsalternativen, zur öffentlichen Akzeptanz und zum Erfordernis einer gemeinsamen Werbung für das gesamtgesellschaftliche Thema.

KR Schmidinger berichtet von seinem persönlichen Angebot, privaten Wohnraum für die Flüchtlingsunterbringung zur Verfügung zu stellen und lobt die Zusammenarbeit mit der Landkreisverwaltung.

KR Nippe greift den geplanten Appell an die Bürger auf und bittet um eine genaue Definition des Bürger-Begriffs; nur der Immobilien besitzende Teil der Bevölkerung könne Wohnraum zur Verfügung stellen, nicht jedoch die Mieter.

Herr Rupp, Herr Baur und Herr Sieger beantworten die Fragen an die Verwaltung zu den geprüften Standorten und kreiseigenen Hallen, zu den Auswirkungen von Hallenbelegungen auf den Pflichtunterricht im Fach Sport, zur (planbaren) Bereitstellung von zusätzlichen Unterbringungsplätzen und deren zeitlichen Vorlauf, zur weiteren Prognose und zu möglichen Kollisionen mit natur- und artenrechtlichen Bestimmungen.

Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung für 10 Minuten.

Während der Sitzungsunterbrechung formulieren die Fraktionen den Entwurf für eine Resolution an Bund und Land.

Der Vorsitzende schlägt eine getrennte Abstimmung über den Beschlussentwurf und den Resolutionstext vor. Dagegen werden keine Einwände vorgebracht.

Die KRe Dr. Rapp, M. Lang, Köberle und Spieß feilen am endgültigen Beschlusstext, wobei der gemeinsame Antrag der KRe Dr. Rapp und Ewald zum Leitantrag erklärt wurde.

#### **Nr. 1 bis 4 des gemeinsamen Antrags**

1. Der Landkreis Ravensburg sieht sich vor die schwierige Situation gestellt, kurzfristig 200 zusätzliche Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge zu schaffen.
2. Der Kreistag appelliert an die Gemeinden und Bürger, rasch weitere Unterkünfte und Baugrundstücke zur Verfügung zu stellen.

3. Der Eigenbetrieb IKP wird beauftragt, den Aufbau der Unterkünfte an bekannten Standorten zu beschleunigen; ggf. ist hierzu das Personal in diesem Bereich kurzfristig aufzustocken.
4. Das Sozialdezernat wird beauftragt, kurzfristig mit Freien Trägern der Wohlfahrtspflege bzw. den Städten und Gemeinden über die Sozialbetreuung der zusätzlichen Flüchtlinge zu verhandeln.

**Abstimmungsergebnis:** bei einer Enthaltung mehrheitlich beschlossen

**Nr. 2 des Empfehlungsbeschlusses des Verwaltungsausschusses:**

Der Unterbringung von bis zu 200 ausländischen Flüchtlingen in Zelten auf dem Sportgelände Burachhöhe wird bis zum Jahresende 2015 zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** bei 23 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt

**Nr. 5 des gemeinsamen Antrags (ohne Präzisierung der Hallenstandorte):**

Sollte es nicht gelingen, bis Ende Juli ausreichend Unterkünfte für Flüchtlinge bereit zu stellen, werden die kreiseigenen Sporthallen genutzt, bis weitere Räume zur Verfügung stehen, längstens jedoch bis zum 31.12. diesen Jahres.

**Abstimmungsergebnis:** bei 17 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt

**Nr. 5 des gemeinsamen Antrags (mit Präzisierung der Hallenstandorte):**

Sollte es nicht gelingen, bis Ende Juli ausreichend Unterkünfte für Flüchtlinge bereit zu stellen, werden die kreiseigenen Sporthallen auf der Burachhöhe in Ravensburg genutzt, bis weitere Räume zur Verfügung stehen, längstens jedoch bis zum 31.12. diesen Jahres.

**Abstimmungsergebnis:** bei 17 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich beschlossen

Auf Hinweis von KR Lucha schlägt der Vorsitzende vor, die Teile 3 und 4 des Antrags der Grünen-Fraktion zur weiteren Beratung in den Verwaltungsausschuss zu verweisen.

Dagegen werden keine Einwände vorgebracht.

Frau Meschenmoser liest den Resolutionsentwurf vor, der aus den verschiedenen Impulsen während der Sitzungsunterbrechung entstanden war.

KR Lucha kann dem Text aus formalen und inhaltlichen Gründen nicht zustimmen.

KR Bindig stellt folgenden **Antrag**:

*Der Satz „Im Zusammenhang mit deutlich beschleunigten Asylverfahren sollen somit nur noch Menschen auf die Kommunen verteilt werden, die auch eine realistische Aussicht auf ein Bleiberecht haben.“ soll gestrichen werden.*

**Abstimmungsergebnis:** bei 22 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt

**Resolutionstext in der ursprünglichen Fassung:**

Wir appellieren an den Bund, genügend Personal zur Verfügung zu stellen, um den Antragsstau bei den Asylanträgen schnellstmöglich abzubauen.

Wir appellieren an das Land Baden-Württemberg, genügend Erstaufnahmekapazitäten zu schaffen. Im Zusammenhang mit deutlich beschleunigten Asylverfahren sollen somit nur noch Menschen auf die Kommunen verteilt werden, die auch eine realistische Aussicht auf ein Bleiberecht haben.

Wir appellieren an Bund und Land, die finanzielle Unterstützung der Kreise und Gemeinden zu verbessern und für eine auskömmliche Ausstattung zu sorgen.

Die bundes- und landesgesetzlichen Rahmenbedingungen für Sprachförderung und Arbeitsmarktzugang sollen an die gegebenen Notwendigkeiten angepasst werden.

**Abstimmungsergebnis:** bei 19 Gegenstimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich beschlossen

Damit ergibt sich folgender

**Gesamtbeschluss:**

1. Der Landkreis Ravensburg sieht sich vor die schwierige Situation gestellt, kurzfristig 200 zusätzliche Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge zu schaffen.
2. Der Kreistag appelliert an die Gemeinden und Bürger, rasch weitere Unterkünfte und Baugrundstücke zur Verfügung zu stellen.
3. Der Eigenbetrieb IKP wird beauftragt, den Aufbau der Unterkünfte an bekannten Standorten zu beschleunigen; ggf. ist hierzu das Personal in diesem Bereich kurzfristig aufzustocken.
4. Das Sozialdezernat wird beauftragt, kurzfristig mit Freien Trägern der Wohlfahrtspflege bzw. den Städten und Gemeinden über die Sozialbetreuung der zusätzlichen Flüchtlinge zu verhandeln.
5. Sollte es nicht gelingen, bis Ende Juli ausreichend Unterkünfte für Flüchtlinge bereit zu stellen, werden die kreiseigenen Sporthallen auf der Burachhöhe in Ravensburg genutzt, bis weitere Räume zur Verfügung stehen, längstens jedoch bis zum 31.12. diesen Jahres.

Die Teile 3 und 4 des Antrags der Grünen-Fraktion werden zur weiteren Behandlung in den Verwaltungsausschuss verwiesen.

### **Resolution**

Wir appellieren an den Bund, genügend Personal zur Verfügung zu stellen, um den Antragsstau bei den Asylanträgen schnellstmöglich abzubauen.

Wir appellieren an das Land Baden-Württemberg, genügend Erstaufnahmekapazitäten zu schaffen. Im Zusammenhang mit deutlich beschleunigten Asylverfahren sollen somit nur noch Menschen auf die Kommunen verteilt werden, die auch eine realistische Aussicht auf ein Bleiberecht haben.

Wir appellieren an Bund und Land, die finanzielle Unterstützung der Kreise und Gemeinden zu verbessern und für eine auskömmliche Ausstattung zu sorgen.

Die bundes- und landesgesetzlichen Rahmenbedingungen für Sprachförderung und Arbeitsmarktzugang sollen an die gegebenen Notwendigkeiten angepasst werden.

### **Beratungsergebnis: mehrheitlich beschlossen**

#### 11. Modellprojekt Inklusionskonferenz (SP/006/2015/1)

Der Vorsitzende betont, dass es abweichend von der heutigen Sitzungsvorlage beim Beschlussentwurf der Sitzung des Sozialausschusses vom 09.07.2015 bleibt:

*Der Teilnahme am Modellprojekt Inklusionskonferenz sowie der Bereitstellung der 50.700 € wird nicht zugestimmt.*

Die KRinnen Müller und Fiegel-Hertrampf sowie KR G. Lang zeigen sich irritiert darüber. Die Änderung sei doch nachvollziehbar und schlüssig aufbereitet worden, außerdem sei die Inklusionskonferenz eine große Chance für alle Beteiligten.

Der Vorsitzende favorisiert das Konzept des Behindertenbeirats.

Auch KR Steiner legt Wert darauf, Doppelstrukturen zu vermeiden.

KR Lucha zieht daraufhin den im Rahmen der Beratungen zum Haushalt 2015 gestellten Antrag der Grünen-Fraktion zur Einrichtung eines Behindertenbeirats zugunsten der Inklusionskonferenz wieder zurück.

Frau Raedler beantwortet die Fragen von KR Spieß zur Zeitschiene bei der Antragstellung und zum Kostenvergleich Behindertenbeirat – Inklusionskonferenz.

KR Spieß stellt klar, dass ein Beschluss für die Inklusionskonferenz keinen Automatismus in 3 Jahren nach sich ziehen würde.

KR Engler befürchtet, dass der komplexe Teilnehmerkreis der Inklusionskonferenz den



Konsens gefährden könnte und hinterfragt die mittel- und langfristigen Strukturen dieses Instruments.

Der Vorsitzende lässt über den heute vorgelegten Beschlussvorschlag abstimmen:

**Beschlussentwurf:**

1. Der Teilnahme am Modellprojekt „Inklusionskonferenz“ wird zugestimmt.
2. Die dafür notwendigen Haushaltsmittel werden überplanmäßig über Einsparungen im Teilhaushalt B Produktgruppe 31.10 – Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII bereitgestellt.

**Beratungsergebnis: mehrheitlich beschlossen (10 Gegenstimmen, 1 Enthaltung)**

12. Wahl von Frau Magdalena Eder-Quintana, Jugendreferentin Katholisches Jugendreferat, als beratendes Mitglied des Jugendhilfeausschusses (JU/045/2015)

**Beschlussentwurf:**

Der Kreistag bestellt Frau Magdalena Eder-Quintana, Vertreterin des Katholischen Dekanats Allgäu-Oberschwaben, als beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss.

Im Übrigen bleibt die Besetzung des Jugendhilfeausschusses und der weiteren Ausschüsse von diesen Änderungen unberührt.

**Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen**

13. Entsendung von Herrn Landrat Harald Sievers in den Beirat der Bodensee-Oberschwaben-Bahn VerwaltungsGmbH (VE/004/2015)

**Beschlussentwurf:**

Der Kreistag entsendet Herrn Landrat Sievers in den Beirat der Bodensee-Oberschwaben-Bahn Verwaltungs-GmbH.

### **Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen**

#### 14. Mitteilungen und Anfragen

##### Die Linke: Antrag auf Besichtigung von Container-Anlagen für Asylbewerber

Der Vorsitzende greift den Vorschlag auf und wird nach den Sommerferien eine Besichtigung in Vogt anbieten.

##### Ausschreibung „Willkommen in Baden-Württemberg – Engagiert für Flüchtlinge und Asylsuchende“

Frau Raedler informiert über die erfolgreiche Bewerbung beim Programm der Baden-Württemberg Stiftung in Kooperation mit dem Ministerium für Integration Baden Württemberg. Voraussetzung für die Förderung sei die spezifische Qualifizierung der Engagierten für die Begleitung der Asylsuchenden und Flüchtlinge in den Bereichen „Sprache“ sowie „Ausbildung bzw. Arbeit“ gewesen.

##### Geschwindigkeitsbegrenzung an Kreisstraßen

KR S. Scharpf bemängelt die zum Teil sehr hohen Geschwindigkeiten der Fahrzeuge auf den Kreisstraßen. Vor allem zu Beginn des Schuljahres und bei Einmündungen sei ein hohes Gefahrenpotenzial zu verzeichnen. Er möchte zumindest an einigen Risiko-Stellen ein Tempolimit von 70 km/h zur Diskussion stellen.

Herr Hägele gibt zu bedenken, dass der Kreistag nicht die Zuständigkeit habe, ein Tempolimit festzulegen. Die Entscheidung werde vom Straßenverkehrsamt im Benehmen mit der Polizei und dem Straßenbauamt gefällt. Er bittet im Einzelfall um direkte Kontaktaufnahme mit der Verwaltung.

## Sprachunterricht für Flüchtlinge

KR Spangenberg macht auf das offenbar nicht ausreichende Budget für den Deutschunterricht für Flüchtlinge und die entsprechende Kürzung der Angebote aufmerksam. Er bittet um Prüfung und ggf. Gegensteuerung. Der Sprachunterricht dürfe nicht ausgebremst werden.

Frau Raedler sichert eine Überprüfung zu.

**Kreistag am 21.07.2015:**

**Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefassten Beschlüsse**

15. Grundstücksangelegenheiten (D2/038/2015)

**Beschlussentwurf:**

1. Die Verwaltung wird beauftragt,
  - a. die Kaufverträge über das Objekt Gartenstrasse 17 in Ravensburg wie vorgestellt abzuschließen,
  - b. zu dem Objekt Charlottenstrasse 47 an den Eigentümer ein verbindliches Kaufpreisangebot bis zu einem Höchstbetrag von 2,5 Mio. € abzugeben sowie den Kaufvertrag zu den dargestellten Konditionen abzuschließen, sofern der Landkreis das Höchstgebot abgeben hat.

**Beratungsergebnis: mehrheitlich beschlossen**

Z. B.

Vorsitzender

Landrat Harald Sievers

Stellvertr. Vorsitz

entfällt

Schriftführerin

Eva Weeber

Kreisräte

Josefine Haberkorn

Oliver Spieß